

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

4. Die öffentlichen Volksschulen in Baden und sonst im Reich in den Jahren 1900 und 1906

[urn:nbn:de:bsz:31-220978](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-220978)

Der Rauschbrand blieb in der Hauptsache auf die Amtsbezirke im Hinterlande beschränkt. Er trat sonst nur noch in je einer Gemeinde der Amtsbezirke Lahr und Wolfach auf. Insgesamt wurden hierwegen 5 Rinder freiwillig getötet, während 12 Rinder daran umgestanden sind.

Eine große Verbreitung im ganzen Lande zeigte im Jahr 1907 der Bläschenausschlag des Rindviehs. Die Krankheit trat in 124 Gemeinden, 551 Ställen und bei 562 Rindern auf.

Der Rotz der Pferde kam in je einer Gemeinde im Amtsbezirk Freiburg und Müllheim vor. Es erkrankten 6 Pferde, wovon 5 polizeilich und 1 freiwillig getötet wurden.

Die Influenza der Pferde trat in 11 Gemeinden und in 45 Ställen auf. Es erkrankten 125 Pferde, wovon 14 umgestanden sind.

Die Räude der Schafe und Pferde wurde in 4 Amtsbezirken, in 4 Gemeinden und in 4 Ställen festgestellt. 219 Schafe und 2 Pferde wurden von dieser Krankheit befallen, die alle geheilt worden sind.

Die größte Verbreitung von allen Tierseuchen im Jahr 1907 zeigte der Rotlauf der Schweine. Derselbe trat in 46 Amtsbezirken, in 372 Gemeinden, in 637 Ställen und bei 968 Schweinen auf. Von den erkrankten Tieren sind 479 umgestanden, 252 freiwillig getötet worden und 237 Stück genesen. Am häufigsten kam die Seuche in den Amtsbezirken Waldbirch (in 13 Gemeinden und 51 Ställen), Mannheim (14 Gemeinden und 36 Ställen), Schwellingen (21 Gemeinden und 50 Ställen), Eppingen (19 Gemeinden und 34 Ställen), Heidelberg (27 Gemeinden und 40 Ställen) und Sinzheim (33 Gemeinden und 61 Ställen) vor.

Die Schweineseuche wurde im Jahr 1907 in 29 Amtsbezirken, 78 Gemeinden und 195 Ställen festgestellt. Es erkrankten 642 Schweine, wovon 204 umgestanden, 391 freiwillig getötet und 47 Stück genesen sind. Die Schweineseuche herrschte hauptsächlich in den Amtsbezirken Emmendingen, Bruchsal, Karlsruhe und Heidelberg.

Von Geflügelseuchen trat die Geflügelcholera in 14 Gemeinden und 33 Ställen bei 305 Hühnern, 12 Gänzen und 15 Enten auf, während die Hühnerpest in 8 Gemeinden, 56 Ställen und bei 1087 Hühnern festgestellt wurde, wovon 1014 verendeten und 73 Stück freiwillig getötet wurden.

4. Die öffentlichen Volksschulen in Baden und sonst im Reich in den Jahren 1900 und 1906.

Die statistischen Erhebungen, welche in den Jahren 1900 bzw. 1901 und 1906 im ganzen Reichsgebiet über die Verhältnisse der öffentlichen Volksschulen veranstaltet wurden, erstrecken sich nicht nur auf die Ermittlung der Zahl der öffentlichen Volksschulen, der vollbeschäftigten Lehrkräfte und der Schüler, sondern auch auf die Feststellung der für die Schulen im Berichtsjahr gemachten Gesamtaufwendungen und des aus Staatsmitteln gedeckten Anteils daran; gleichzeitig wurde die Zahl der Privatschulen mit Volksschulziel und deren Schüler ermittelt.

Die Zahl der öffentlichen Volksschulen in Baden ist im Zeitraum 1900—1906 von 1677 auf 1688 (d. s. 0,66 % gegen 2,36 % im ganzen Reich), die Zahl der vollbeschäftigten Lehrkräfte von 4049 auf 4839 (d. s. 19,5 % im Reich 13,7 %), und zwar die der Lehrer von 3631 auf 3983 (d. s. 9,7 % im Reich 10,6 %), die der Lehrerinnen von 418 auf 856 (d. s. 104,8 % im Reich 30,5 %) gestiegen. Die Zahl der Lehrerinnen hat sich somit in Baden mehr als verdoppelt. Vergleichsweise sei angeführt, daß sich diese Zahl im Großherzogtum Sachsen-Weimar mehr als verdreifacht hat; eine Verminderung der Lehrerinnenzahl ist in Mecklenburg-Strelitz, Neuz älterer und jüngerer Linie sowie in Schaumburg-Lippe zu verzeichnen. Während in Baden im Jahr 1900 unter je 100 vollbeschäftigten Lehrkräften 90 Lehrer und 10 Lehrerinnen waren (gegen 85 Lehrer und 15 Lehrerinnen im Reich für 1901), hat sich im Lauf der letzten Jahre dieses Verhältnis derart verschoben, daß unter je 100 vollbeschäftigten Lehrkräften im Jahr 1906 nur noch 82 Lehrer und 18 Lehrerinnen waren. Die Schülerzahl ist von 273 149 auf 308 884, also um 35 735 oder 13,1 % (gegen 9,1 % im Reich) gestiegen. Erfreulicherweise ist also ihre Zunahme prozentual geringer als jene der Lehrkräfte; die Zahl der auf 1 Lehrer entfallenden Schüler beträgt nicht mehr 67, sondern 64. In Preußen kommen auf 1 Lehrer 60, in Bayern 58, in Württemberg 57 Schüler. Die geringste auf 1 Lehrer entfallende Schülerzahl weist in beiden Erhebungen Lübeck auf (35 bzw. 33), die Höchstzahl jeweils Schaumburg-Lippe (99 bzw. 85). Für das Reich im ganzen betrug die Verhältniszahl bei der ersten Erhebung 61 und bei der zweiten 58 Schüler.

Der Gesamtaufwand für die öffentlichen Volksschulen in Baden ist von rund 11 Millionen Mark im Jahr 1900 auf rund 16 Millionen Mark im Jahr 1906, also um 5 Millionen Mark, d. i. 45,0% (gegen 24,1% im Reich), der aus Staatsmitteln gedeckte Anteil von 2 396 000 *M* auf 4 472 000 *M*, somit um 2 076 000 *M*, d. i. 86,8% (gegen 22,2% im Reich) gestiegen. Im Jahr 1906 betrug der aus Staatsmitteln gedeckte Anteil an den Gesamtaufwendungen für Baden 27,9% und für das Reich im ganzen 28,7%.

Entsprechend sind auch die auf einen Schüler entfallenden Gesamtkosten von 40 *M* auf 52 *M* (im Reich von 47 auf 54, in Preußen von 48 auf 53, in Bayern von 46 auf 55, in Württemberg von 42 auf 50 *M*) gestiegen. Die höchsten Ausgaben für einen Schüler hatte Berlin mit 95 *M* nach der ersten, mit 99 *M* nach der zweiten Erhebung, die geringsten nach der ersten Erhebung Lippe (25 *M*) und nach der zweiten Schaumburg-Lippe (35 *M*); in Lippe ist in dem genannten Zeitraum der Aufwand von 25 auf 42 *M*, in Schaumburg-Lippe von 28 auf 35 *M* gestiegen.

Privatschulen mit Volksschulziel sind im Jahr 1906 in Baden 7 (gegen 5 im Jahr 1901) zu verzeichnen; die Schülerzahl ist von 775 im Jahr 1900 auf 707 im Jahr 1906 zurückgegangen; im Reich im ganzen ist die Zahl der Privatschulen mit Volksschulziel um 29 geringer geworden, die Schülerzahl aber hat um 766 zugenommen.

Insgesamt wurden nach der Erhebung vom Jahr 1906 in Baden 1695 Volksschulen von 309 591 Schülern besucht. Die Zahl der in schulpflichtigem Alter zwischen 6 und 14 Jahren stehenden Kinder betrug nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905: 335 386. Es wurden daher in Baden 92,3% aller in schulpflichtigem Alter stehenden Kinder (gegen rund 94% im Reich) in Volksschulen unterrichtet.

5. Der Badische Gastwirteverband im Jahr 1907.

Der Badische Gastwirteverband, Sitz Karlsruhe, ist Unterverband des Bundes Deutscher Gastwirte mit dem Sitz in Leipzig und durch diese Verbandszugehörigkeit seit 1907 gleichzeitig Mitglied des Reichsverbands, Sitz in Berlin.

Ende des Berichtsjahrs gehörten ihm 45 Bezirksvereine mit zusammen 3578 Mitgliedern an.

Die Mitglieder des Badischen Gastwirteverbands und deren Verwandte sind berechtigt zum Beitritt in die 1893 unter der Bezeichnung „Sterbekasse des Süddeutschen Gastwirteverbands“ errichtete und im Jahr 1895 unter dem Namen „Sterbekasse des Bundes Deutscher Gastwirte“ erweiterte Bundessterbekasse auf Gegenseitigkeit mit dem Sitz in Darmstadt. Auf Schluß des Jahres 1907 waren an der Bundessterbekasse 1054 Mitglieder des badischen Verbands aus 37 Bezirksvereinen beteiligt; außerdem waren noch 11 an verschiedenen badischen Orten wohnhafte Mitglieder des Bundes, welche dem badischen Verbands nicht angehörten, Mitglieder dieser Kasse. Von den an die Bundessterbekasse angeschlossenen Mitgliedern des badischen Verbands wurden im Laufe des Jahres 1907 zusammen 47 350 *M* an Beiträgen zur Sterbekasse abgeführt; zur Auszahlung gelangten dagegen insgesamt 20 492 *M* Sterbegelder für 19 Todesfälle im badischen Verband. Der Sterbekassebeitrag der nicht dem Landesverband angehörigen 11 badischen Mitglieder der Bundessterbekasse belief sich auf zusammen 525 *M*, demgegenüber 1 Todesfall mit einem Sterbegeld von 1000 *M* zur Begleichung gelang.

Nach Ablauf des Jahres 1907 haben sich inzwischen noch die beiden im Frühjahr 1908 neugegründeten Wirtevereine für den Bezirk Eppingen (50 Mitglieder) und für Wiesloch und Umgegend (60 Mitglieder) dem badischen Verband angeschlossen.

6. Der Gewerbebetrieb der Gesindevermieter und Stellenvermittler in Baden 1902—1907.

Um die Kenntnis von Angebot und Nachfrage auf dem Gebiete des Arbeitsmarkts zum Nutzen des Arbeitsnachweises zu erweitern, ferner um eine wirksamere Kontrolle des Gewerbebetriebs der Gesindevermieter und Stellenvermittler zu ermöglichen, beauftragte das Ministerium des Innern durch Runderlaß vom 18. Oktober 1902 die Großh. Bezirksämter, von den einzelnen Gewerbebetreibenden der gedachten Art alljährlich einen Nachweis darüber zu erheben, wie groß die Zahl der stellesuchenden Personen, der verlangten Arbeitskräfte (offenen Stellen) und die der vermittelten Stellen gewesen ist. Die Feststellungen erfolgten erstmals für das Jahr 1902 und seitdem in gleicher Weise durch die Großh. Bezirksämter unter Mitwirkung der Gesindevermieter und